

Gemeinschaftskunde Curriculum für die Klassen 11/12

1. Beitrag des Faches zu den Leitperspektiven

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
- Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV)
- Prävention und Gesundheitsförderung (PG)
- Berufliche Orientierung (BO)
- Medienbildung (MB)
- Verbraucherbildung (VB)

2. Standards für prozessbezogene Kompetenzen siehe Curriculum Klassen 8-10

3.2 Klassen 11/12 (Basisfach) =

3.2.1 Internationale Beziehungen	3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems	3.2.1.2 Frieden und Sicherheit	3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik
	3.2.1.4 Globales Regieren		
3.2.2 Politisches System	3.2.2.1 Grundlage des politischen Systems	3.2.2.2 Politische Teilhabe	3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren

3.3 Klassen 11/12 (Leistungsfach) =

3.3.1 Gesellschaft	3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel	3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats	3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit
3.3.2 Politisches System	3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems	3.3.2.2 Politische Teilhabe	3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren
	3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft		
3.3.3 Wirtschaftspolitik	3.3.3.1 Grundlagen der Wirtschaftspolitik	3.3.3.2 Wohlstand und Wirtschaftswachstum	3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik
3.3.4 Internationale Beziehungen	3.3.4.1 Grundlagen des internationalen Systems	3.3.4.2 Frieden und Sicherheit	3.3.4.3 Wohlstand und Wohlstandsverteilung
	3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik	3.3.4.5 Globales Regieren	

Die Fachschaft hat beschlossen, dass im Basisfach in 11.1. das Thema Internationale Beziehungen und in 12.4. Politisches System unterrichtet wird.

Klassen 11/12 (zweistündiger Kurs)

3.2.1 Internationale Beziehungen

3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage finden, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive das Verhalten der Akteure bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Struktur des internationalen Systems beschreiben (Anarchie, Sicherheitsdilemma, Interdependenzen)

(2) Akteure der internationalen Beziehungen beschreiben (Staaten, internationale Organisationen, transnationale Akteure) und ihre Handlungsmotive charakterisieren (Durchsetzung von Eigeninteressen, Einhaltung von Normen)

(3) Rahmenbedingungen der Politik im Nationalstaat mit denen der internationalen Politik vergleichen (Gewaltmonopol, Gesetzgebung, Durchsetzung von Entscheidungen)

3.2.1.2 Frieden und Sicherheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Beziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung) und welche Akteure im Sachbereich Sicherheit die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Bedrohungen für die internationale Sicherheit erläutern (zum Beispiel Staatszerfall, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Territorialkonflikte, Ressourcenkonflikte, Klimawandel, Cyber-Angriffe)

(2) den erweiterten Sicherheitsbegriff beschreiben (Sach-, Referenz-, Gefahren-, Raumdimensionen)

(3) den Wandel von klassischen Kriegen zu „Neuen Kriegen“ charakterisieren (Akteure, Ziele, Mittel)

(4) die Weiterentwicklung der UN-Mandate vom klassischen Peacekeeping (Überwachung von Waffenstillständen) zum komplexen Peacekeeping (vorübergehende Übernahme von Regierungsverantwortung, Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen durch zivile Fachkräfte, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch NGOs) erläutern

(5) die NATO als System der kollektiven Verteidigung (Art. 5 NATO-Vertrag) beschreiben und die NATO-Strategie vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage erörtern

(6) das Konzept der Schutzverantwortung der Staaten im humanitären Völkerrecht beschreiben (Universalität und Schutz von Menschenrechten, humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohung, humanitäre Interventionen zur Sicherung der Menschenrechte)

(7) das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität einerseits und Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft sowie humanitären Interventionen andererseits darstellen

(8) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat, ein internationales Strafgericht) und durch NGOs erläutern

(9) Maßnahmen von UNO, NATO und NGOs zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten

3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, inwieweit Normen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Regeln und Recht) und welche Rolle Deutschland in internationalen Organisationen spielt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben (Präambel, Art. 24, 26 GG, Parlamentsarmee)

(2) die Mitwirkung Deutschlands in NATO und UNO beschreiben

(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit die deutsche Außenpolitik dem Zivilmächtskonzept entspricht (Einhegung militärischer Gewalt, Umsetzung international akzeptierter Normen, Entwicklung internationaler Institutionen)

(4) Anti-Terror-Gesetze im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bewerten

3.2.1.4 Globales Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen des Regierens die internationalen Beziehungen bestimmen (Macht und Entscheidung) und welche Bedeutung die UNO für die internationale Politik hat (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) unterschiedliche Formen des Regierens in den internationalen Beziehungen erläutern (durch Staaten, mit Staaten, ohne Staaten)

(2) die UNO als Akteur in den internationalen Beziehungen bewerten (Konfliktlösung, Befriedung der internationalen Beziehungen, Schutz der Menschenrechte, Förderung nachhaltiger Entwicklung)

3.2.2 Politisches System

3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)

(2) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)

3.2.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)

(2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten

(3) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern

(4) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und der Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten

(5) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)

(6) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)

(7) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten

3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Bedeutung der Exekutive für den Gesetzgebungsprozess erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)

(2) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)

(3) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)

(4) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)

3.3 Klassen 11/12 (fünfstündiger Kurs)

3.3.1 Gesellschaft

3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie die Gesellschaft Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und wie gesellschaftliche Gleichheit oder Ungleichheit legitimiert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Modelle der sozialen Differenzierung charakterisieren (Schichtmodell, soziale Milieus, Modell von Exklusion und Inklusion)

(2) die Konzepte von Rawls und Nozick zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit vergleichen (Gerechtigkeitsgrundsätze, Rechte und Verpflichtungen der Bürger gegenüber dem Staat, Begründungen des zulässigen Ausmaßes an Ungleichheit, Funktionen des Staates)

(3) den gesellschaftlichen Wandel mithilfe von Material analysieren (Werte, Familie, Demografie, Digitalisierung)

3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche Regelungen das Grundgesetz zur Ausgestaltung des Sozialstaats enthält (Regeln und Recht), welche unterschiedlichen Vorstellungen es zur Umsetzung des Sozialstaatsgebots gibt (Interessen und Gemeinwohl), welche wohlfahrtsstaatlichen Leistungen der Staat übernehmen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie der Sozialstaat ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Aufgaben des Sozialstaats erläutern (soziale Sicherung, sozialer Ausgleich, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, sozialer Frieden, wirtschaftliche Stabilisierung)

(2) die Ausgestaltung des Sozialstaats nach dem Versicherungs-, Fürsorge- und Versorgungsprinzip charakterisieren (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzip)

(3) das im Grundgesetz verankerte Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und Sozialstaatsgebot erklären (Art. 1, 2 Abs. 1, 20 GG)

(4) Modelle des Wohlfahrtsstaats nach Esping-Andersen (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) vergleichen (Dekommodifizierung, Bedeutung von Familie, Markt und Staat, sozialpolitische Hauptanliegen)

(5) neue soziale Risiken als Herausforderungen für den Sozialstaat erläutern (demografischer Wandel, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, Wandel der Familie)

(6) eine sozialstaatliche Reformmaßnahme bewerten

3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie sich Ungleichheit in Deutschland entwickelt und wie sich die Gesellschaft zusammensetzt (Ordnung und Struktur), ob der Staat Einkommen und Vermögen umverteilen soll (Knappheit und Verteilung) und inwieweit es dem Staat gelingt, Chancengleichheit herzustellen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

Verteilungspolitik

- (1) die Entwicklung der vertikalen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mithilfe von Material analysieren
- (2) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung erläutern
- (3) Maßnahmen der Umverteilung durch den Staat erläutern (Steuern, Transferzahlungen, sozial gestaltetes öffentliches Güterangebot)
- (4) die Einkommensbesteuerung beschreiben (Grundfreibetrag, Progression, Kinderfreibetrag, Spitzensteuersatz, Durchschnittssteuersatz) und deren Ausgestaltung bewerten
- (5) erörtern, ob durch staatliche Maßnahmen die Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft reduziert werden sollen (zum Beispiel Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Vermögensabgabe)
- (6) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Umverteilungspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden
- (7) Migrationsbewegungen innerhalb der EU und die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland und der EU mithilfe von Material analysieren
- (8) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von Zuwanderung
- (9) Maßnahmen staatlicher Migrations- und Integrationspolitik (Regulierung der Zuwanderung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sprach- und Bildungsförderung, Abbau kultureller Barrieren, Staatsangehörigkeitsrecht) und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integrationsförderung erläutern
- (10) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Integrationspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden

Bildungspolitik

- (11) die Entwicklung der Teilnahme an Bildung und die Entwicklung der Bildungsabschlüsse sowie die Einflussfaktoren darauf (soziale Herkunft, Migrationshintergrund, Geschlecht) mithilfe von Material analysieren
- (12) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von ungleichen Bildungschancen erläutern
- (13) Maßnahmen staatlicher Bildungspolitik und gesellschaftliche Initiativen zur Bildungsförderung erläutern
- (14) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Bildungspolitik gleiche Bildungschancen gewährleistet werden

3.3.2 Politisches System

3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) neuzeitliche Vertragstheorien zur Legitimation politischer Herrschaft (Hobbes, Locke und Rousseau) vergleichen (Menschenbild, Begründung des Vertrags, Staatsstruktur, Rechte des Einzelnen, Gemeinwohlverständnis)
- (2) neuere Demokratietheorien (Schumpeter, Habermas, Scharpf) in Bezug auf die Input- und Output-Legitimation vergleichen
- (3) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -
- (4) Wechselwirkungen zwischen politischer Ordnung und Wirtschaftsordnung erläutern
- (5) Modelle der Demokratie charakterisieren (plebiszitär – repräsentativ, parlamentarisch-präsidentiell, Konkordanz – Konkurrenz)
- (6) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)

3.3.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)
- (2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten
- (3) Wahlverhalten anhand der Rational-Choice-, der soziologischen und der individualpsychologischen Theorie erklären
- (4) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern
- (5) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten

(6) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)

(7) die Entstehung von Parteien und die Struktur des Parteiensystems anhand eines Modells erklären (zum Beispiel Cleavage-Modell)

(8) Kritik am Einfluss der Parteien auf Staat und Gesellschaft erörtern (Besetzung von Ämtern, Einflussnahme auf die Medien)

(9) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)

(10) das politische System der Schweiz als halbdirekte Demokratie charakterisieren und eine Erweiterung des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente bewerten

(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten

3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und welchen Einfluss nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle haben (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Pluralismustheorie Fraenkels charakterisieren

(2) den Einfluss von Interessenverbänden auf Parlament und Regierung erörtern (Einfluss auf die öffentliche Meinung, personelle und finanzielle Unterstützung, Expertise)

(3) den Einfluss der Medien auf Gesetzgebung und Regieren erläutern

(4) die Bedeutung der Exekutive für die Gesetzgebung erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)

(5) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)

(6) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)

(7) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)

3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland und in der EU kontrolliert und begrenzt wird und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) parlamentarische Kontrollrechte beschreiben (Plenarsitzung, konstruktives Misstrauensvotum, Budgetrecht, Fragerechte des Bundestags, Aktuelle Stunde, Untersuchungsausschüsse)
- (2) Formen von Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle und programmatische Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung, informeller Einfluss der Regierungsfractionen auf die Regierungsarbeit)
- (3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit Mehrheits- und Minderheitsfraktionen ihre Kontrollfunktion wahrnehmen
- (4) die Kontrollmöglichkeiten auf EU-Ebene durch das Europäische Parlament beschreiben (Fragerechte, Wahl des Kommissionspräsidenten und Bestätigung der Kommission, Misstrauensvotum gegen die Kommission, Untersuchungsausschüsse, Budgetrecht)
- (5) Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments mit denen des Deutschen Bundestags vergleichen (Einfluss auf die Exekutive, Rolle in der Gesetzgebung)
- (6) die Aufgaben des EuGH beschreiben (zum Beispiel Nichtigkeitsklagen, Vertragsverletzungsverfahren, Untätigkeitsklagen, Vorabentscheidungen) und an einem vorgegebenen Fallbeispiel die Kontrollfunktion des EuGH bewerten
- (7) erörtern, ob Medien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen (zum Beispiel Wirklichkeitsverzerrung durch Medien, Journalisten als politische Akteure, Journalismus unter wirtschaftlichen Zwängen, investigativer Journalismus)

3.3.3 Wirtschaftspolitik

3.3.3.1 Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie die Wirtschaftsordnung in Deutschland ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur), welche Ziele staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland und der EU verfolgt (Interessen und Gemeinwohl), inwieweit der Staat in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie wirtschaftliche Prozesse koordiniert werden sollen (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) die Konzepte des Ordoliberalismus, Neoliberalismus, Keynesianismus und des Marxismus vergleichen (Stellenwert des Individuums, Effizienz sowie Stabilität und Instabilität von Märkten, Verhältnis von Markt und Staat)
- (2) Formen des Marktversagens (zum Beispiel fehlende Bereitstellung öffentlicher Güter, Fehlallokation durch externe Effekte, Gefährdung des Wettbewerbs, Informationsasymmetrien) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären
- (3) Markt, Hierarchien und Kooperation als Koordinationsmechanismen erläutern
- (4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

3.3.3.2 Wohlstand und Wirtschaftswachstum

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie Wohlstand in einer Gesellschaft gemessen und verteilt werden soll (Knappheit und Verteilung), inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene zur Wohlstands- und Wachstumsförderung in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) die Bedeutung von Wachstum erklären (Verteilungs-, Beschäftigungs- und Machteffekte)
- (2) Einflussfaktoren auf das Wachstum erläutern (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, natürliche Rahmenbedingungen)
- (3) Konzepte zur Messung von Wachstum und Wohlstand erörtern (BIP und ein alternatives Konzept zur Wohlstandsmessung)
- (4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen
- (5) Maßnahmen der Wachstumspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene in den Bereichen der Beschäftigungs- und Fiskalpolitik in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit), wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll und welchen Rahmen die Geldpolitik für wirtschaftliches Handeln bildet (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

Beschäftigungspolitik

- (1) die Entwicklung des Arbeitsmarkts mithilfe von Material analysieren (Arbeitslosenquote, Arbeitsvolumen, Sockelarbeitslosigkeit)
- (2) strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit erklären
- (3) individuelle, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen von Arbeitslosigkeit erläutern
- (4) das Prinzip der Tarifautonomie erläutern (Art. 9 GG, Tarifpartner, Tarifverhandlungen)
- (5) Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland (Reallöhne und Niedriglohnsektor) sowie die Entwicklung der Lohnstückkosten im europäischen Vergleich mithilfe von Material analysieren
- (6) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit vergleichen
- (7) Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarkts bewerten (zum Beispiel Kündigungsschutz, Mindestlohn, Kurzarbeitergeld)
- (8) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des globalisierten Arbeitsmarkts für Deutschland erläutern
- (9) Maßnahmen der Beschäftigungspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

Geldpolitik

- (10) reale (Angebots- und Nachfrageinflation) und monetäre Ursachen (Geldbasis, Geldmultiplikator, Geldmenge) von Inflation erklären
- (11) das Prinzip der Unabhängigkeit der EZB, ihre Ziele, ihre Instrumente (Liquiditäts-, Zinspolitik) und ihre Legitimation beschreiben
- (12) die Konzepte der restriktiven und der expansiven Geldpolitik vergleichen
- (13) die Geldpolitik der EZB bewerten

Fiskalpolitik

- (14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)
- (15) die Konzepte der kontraktiven und der expansiven Fiskalpolitik vergleichen
- (16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten
- (17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Geldpolitik darstellen

3.3.4 Internationale Beziehungen

3.3.4.1 Grundlagen des internationalen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive ihr Verhalten bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) die Struktur des internationalen Systems beschreiben (Anarchie, Sicherheitsdilemma, Interdependenzen)
- (2) systemische Rahmenbedingungen erläutern (Unipolarität, Bipolarität, Multipolarität, hegemoniale Herrschaft)
- (3) internationale Konfliktkonstellationen spieltheoretisch erklären (Sicherheits- und Wohlfahrtsdilemma)
- (4) Akteure der internationalen Beziehungen beschreiben (Staaten, internationale Organisationen, transnationale Akteure) und ihre Handlungsmotive charakterisieren (Durchsetzung von Eigeninteressen, Einhaltung von Normen)
- (5) Rahmenbedingungen der Politik im Nationalstaat mit denen der internationalen Politik vergleichen (Gewaltmonopol, Gesetzgebung, Durchsetzung von Entscheidungen)
- (6) unterschiedliche Konstellationen in den internationalen Beziehungen erläutern (westfälisches Modell, postwestfälisches Modell, präwestfälisches Modell)

3.3.4.2 Frieden und Sicherheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Beziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung) und welche Akteure im Sachbereich Sicherheit die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Bedrohungen für die internationale Sicherheit erläutern (zum Beispiel Staatszerfall, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Territorialkonflikte, Ressourcenkonflikte, Klimawandel, Cyber-Angriffe)

(2) den erweiterten Sicherheitsbegriff beschreiben (Sach-, Referenz-, Gefahren-, Raumdimensionen)

(3) den Wandel von klassischen Kriegen zu „Neuen Kriegen“ charakterisieren (Akteure, Ziele, Mittel)

(4) die Weiterentwicklung der UN-Mandate vom klassischen Peacekeeping (Überwachung von Waffenstillständen) zum komplexen Peacekeeping (vorübergehende Übernahme von Regierungsverantwortung, Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen durch zivile Fachkräfte, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch NGOs) erläutern

(5) Möglichkeiten erörtern, Staaten beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen (zivilisatorisches Hexagon) zu unterstützen

(6) die NATO als System der kollektiven Verteidigung (Art. 5 NATO-Vertrag) beschreiben und die NATO-Strategie vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage erörtern

(7) das Konzept der Schutzverantwortung der Staaten im humanitären Völkerrecht (Universalität und Schutz von Menschenrechten, humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohung, humanitäre Interventionen zur Sicherung der Menschenrechte) beschreiben

(8) das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität einerseits und Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft sowie humanitären Interventionen andererseits darstellen

(9) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat, ein internationales Strafgericht) und durch NGOs erläutern

(10) Funktionen internationaler Strafgerichtshöfe erläutern (Vergeltung, Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung)

11) Maßnahmen von UNO, NATO und NGOs zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten

3.3.4.3 Wohlstand und Wohlstandsverteilung

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie der globale Wohlstand verteilt ist (Knappheit und Verteilung), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung), welche Akteure im Sachbereich Wohlfahrt die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Interessen sie vertreten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Entwicklung des globalen Wohlstands und die globale Verteilung des Wohlstands mithilfe von Material analysieren (BIP in Kaufkraftparitäten, Schattenwirtschaft, ein alternatives Konzept zur Wohlstandsmessung)

(2) das UN-Zielsystem zur nachhaltigen Entwicklung beschreiben und mithilfe von Material überprüfen, inwieweit dieses erreicht worden ist

(3) Ursachen der Globalisierung erklären (politische, sozio-kulturelle, wirtschaftliche, technologische) und die Dimensionen der Globalisierung charakterisieren (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische)

(4) die Konzepte des Freihandels und des Protektionismus vergleichen (zum Beispiel theoretische Annahmen, Zugang zu Märkten, politische Maßnahmen)

(5) Ziele (Präambel) und Grundsätze der WTO (Meistbegünstigung, Reziprozität, Inländerbehandlung, Allgemeine Ausnahmestimmungen) beschreiben

(6) gesundheits-, umwelt- und entwicklungspolitische sowie arbeitsrechtliche Regelungen im WTO-Vertragswerk erläutern und ihren jeweiligen Stellenwert charakterisieren

(7) das Entscheidungsverfahren in der WTO charakterisieren (Einstimmigkeit, Zweidrittel- und Dreiviertelmehrheit)

(8) den Streitbeilegungsmechanismus der WTO charakterisieren

(9) die Ausgestaltung der Welthandelsordnung durch die WTO bewerten

(10) den Einfluss von NGOs auf die Gestaltung des Welthandels bewerten

3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, inwieweit Normen die

deutsche Außenpolitik bestimmen (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Regeln und Recht) und welche Rolle Deutschland in internationalen Organisationen spielt (Macht und Entscheidung).

(1) Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben (Präambel, Art. 24, 26 GG, Parlamentsarmee)

(2) die Mitwirkung Deutschlands in NATO und UNO beschreiben

(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit die deutsche Außenpolitik dem Zivilmächtskonzept entspricht (Einhegung militärischer Gewalt, Umsetzung international akzeptierter Normen, Entwicklung internationaler Institutionen)

(4) Anti-Terror-Gesetze im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bewerten

3.3.4.5 Globales Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen des Regierens die internationalen Beziehungen bestimmen (Macht und Entscheidung), welche Entwicklungen die internationale Politik zeigt (Ordnung und Struktur) und welche Bedeutung die UNO für die internationale Politik hat (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) unterschiedliche Formen des Regierens in den internationalen Beziehungen erläutern (durch Staaten, mit Staaten, ohne Staaten)

(2) Tendenzen der Weltpolitik erläutern (Globalisierung und Fragmentierung, Entstaatlichung und Staatlichkeit, Verrechtlichung und Entrechtlichung)

(3) die UNO als Akteur in den internationalen Beziehungen bewerten (Konfliktlösung, Befriedung der internationalen Beziehungen, Schutz der Menschenrechte, Förderung nachhaltiger Entwicklung)